Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5045**
17. Wahlperiode 16. 03. 2011

Antrag

der Abgeordneten Martin Gerster, Sönke Rix, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Gabriele Fograscher, Dagmar Freitag, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Steffen-Claudio Lemme, Caren Marks, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Axel Schäfer (Bochum), Brigitte Zypries, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen – Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zu den herausragenden gesellschaftlichen Leistungen des Sports gehört seine Fähigkeit, Brücken zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zu bauen, nationale und kulturelle Grenzen zu überwinden und Werte wie Respekt, Fairness und wechselseitige Anerkennung zu vermitteln. Der Sport kann das Erscheinungsbild eines Landes nach innen und außen positiv beeinflussen und zu einem besseren Miteinander in unserem demokratischen Gemeinwesen beitragen. Das hat im Bereich des Spitzensports die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland als international vielbeachtetes Großereignis gezeigt. Auch abseits der Medienöffentlichkeit leistet gerade der Breitensport tagtäglich unschätzbare Beiträge, indem er die unterschiedlichsten Menschen erreicht, zusammenbringt und hierdurch gelebte gesellschaftliche Integration ermöglicht.

In jüngerer Vergangenheit hat auch das politische Spektrum der extremen Rechten den Sport als Mittel entdeckt, um Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Gesellschaft hineinzutragen. Rechtsextremisten versuchen gezielt, Sportvereine als Plattform für die Verbreitung ihrer Ansichten zu instrumentalisieren und Sportveranstaltungen als Bühne für ihre öffentliche Selbstdarstellung zu missbrauchen. Dabei treten sie zum Teil als aktive Sportlerinnen und Sportler in Erscheinung, streben im organisierten Sport Positionen als Trainer, Vorstandsmitglieder oder Sponsoren an oder versuchen, ihre menschenverachtende Ideologie vom Zuschauerbereich aus zu verbreiten. Wie sozialwissenschaftliche Studien immer wieder bestätigen, machen rechtsextreme Wertemuster und Einstellungen vor Milieu- und Altersgrenzen keinen Halt. Folglich betreffen sie auch den Amateur- und den Profisport, wo sie in den unterschiedlichsten Klassen und Ligen anzutreffen sind. Es steht zu befürchten, dass die Aktivitäten der extremen Rechten gerade im angeblich politikfernen Feld des Sports auf fruchtbaren Boden fallen könnten.

Es gilt deshalb, unsere Verbände und Vereine, Funktionärinnen und Funktionäre und vor allem die dort aktiven Sportlerinnen und Sportler für diese Problematik zu sensibilisieren und sie im Kampf gegen die entsprechenden Tendenzen zu unterstützen. So hat der Sportausschuss des Deutschen Bundestages in der ver-

gangenen Legislaturperiode erste wichtige Schritte unternommen, um diesem Thema die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern. Im November 2008 war die Problematik Gegenstand einer Anhörung des Sportausschusses. Wie sich damals zeigte, bietet insbesondere die Arbeit von Fanprojekten große Chancen, erfolgreich gegen die Verbreitung rassistischer, antisemitischer und anderer menschenverachtender Werte- und Einstellungsmuster, wie Sexismus oder Homophobie, im Sport anzugehen. Im Bereich des Fußballs konnten zeitlich befristete Modellprojekte – wie die bei der Deutschen Sportjugend angesiedelte Initiative „am Ball bleiben“ – wichtige Beiträge leisten, Gefährdungen durch Rassismus und Diskriminierung im Sport zu analysieren und konkrete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Wie im gesamten Bereich der Rechtsextremismusbekämpfung steht auch hier die Befristung der entsprechenden Maßnahmen der – für eine erfolgreiche Arbeit notwendigen – Kontinuität des Engagements entgegen.

Insofern ist prinzipiell zu begrüßen, dass die Bundesregierung die entsprechende Thematik mit der Initiative „Verein(t) gegen Rechtsextremismus – Handlungskonzept von Sport und Politik zur Förderung von Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde“ wieder aufgegriffen hat. Um einen nachhaltigen Erfolg der darin vorgesehenen Sensibilisierungs-, Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu gewährleisten, gilt es jedoch, von Regierungsseite die optimale Unterstützung der Vereine und Verbände, denen die Umsetzung des Handlungskonzeptes letztendlich obliegt, dauerhaft sicherzustellen. Dabei ist es unabdingbar, die Belastungsgrenzen der ehrenamtlich im Verein Aktiven zu berücksichtigen und den Einsatz der im Kampf gegen extremistische Umtriebe engagierten Menschen angemessen zu würdigen. Um die Zivilgesellschaft allgemein zu stärken, zu sensibilisieren und unverzichtbares Sachwissen zu vermitteln, ist es überdies notwendig, die Auseinandersetzung mit dem Thema Sport und Rechtsextremismus sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in der politischen Bildungsarbeit kontinuierlich voranzutreiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zeitnah einen Bericht vorzulegen, der detailliert darlegt, wo extremistische bzw. verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sport bzw. in dessen Umfeld existieren. Dazu ist eine Erhebung konkreter Fallzahlen, aufgeschlüsselt nach Bundesländern, betroffenen Sportarten und den jeweils zu beobachtenden Formen des Extremismus, notwendig;
2. den Entwicklungen im Bereich „Extremismus und Sport“ (über die Vorstellung von Einzelinitiativen und Institutionen hinaus) in künftigen Sportberichten ein eigenes, ausführliches Kapitel zu widmen, das auch die oben genannten Fragestellungen regelmäßig aufgreift;
3. Verbände und Vereine bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen dauerhaft zu unterstützen. Das schließt die Schaffung dauerhafter Förderstrukturen ein, auf die Initiativen im Bereich der Rechtsextremismusbekämpfung zurückgreifen zu können, um dem Sport bei der Bekämpfung rechtsextremer Einstellungsmuster zu assistieren;
4. davon unabhängig weiterhin und verstärkt Modellprojekte zu initiieren und zu fördern, die sich dem Themenfeld der Rechtsextremismusprävention im Sportbereich widmen;
5. die Einführung des in dem Handlungskonzept vorgeschlagenen Gütesiegels, das der notwendigen Stärkung und Sensibilisierung der Vereine dienen soll, zügig voranzutreiben. Im Dialog mit dem organisierten Sport muss sichergestellt werden, dass die im Kontext des Gütesiegels vereinbarten Regelungen bei so vielen Vereinen wie möglich umgesetzt werden;

6. in enger Kooperation mit dem organisierten Sport dafür Sorge zu tragen, dass alle Landessportbünde ihren Mitgliedern Ansprechpartner und Hilfestellungen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes zur Verfügung stellen. Die ehrenamtlichen Strukturen, speziell im Falle kleinerer Vereine, dürfen durch die Umsetzungen der Handlungsempfehlungen nicht überfordert werden;
7. zusätzliche Mittel für die wissenschaftliche Erforschung des „Problemfeldes Rechtsextremismus und Sport“ bereitzustellen und die politische Bildungsarbeit in diesem Bereich stärker zu fördern;
8. im Dialog mit dem Bundesrat darauf hinzuwirken, dass antiextremistische Fanprojektarbeit und andere zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, auch von Seiten der Länder und Kommunen angemessen unterstützt werden. Das schließt die faire Beteiligung aller Seiten bei gemeinsamen Finanzierungsmodellen ein.

Berlin, den 15. März 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333